

Auf Bitte von Herrn Meis erläutert Herr Sterzenbach die zur Abstimmung stehende Beschlussempfehlung. Die Ziffer 6 des seinerzeitigen Ratsbeschlusses habe die Begrenzung auf 12-16 Parkplätze beinhaltet. Dieser Teil solle mit dem heutigen Beschluss aufgehoben werden. Seinerzeit sei dies ja auch Gegenstand des Bürgerentscheids gewesen. Die im nachfolgenden Satz formulierte Änderung beinhalte die sog. „Parkspange Nord“ mit etwa 27 Parkplätzen auf der Markt-Nordseite, etwas zurückgezogen im Bereich der jetzigen Vertiefung. Auf dieser Basis solle, wenn beschlossen, der Planungsprozess wieder aufgegriffen werden. Verwaltung und Planungsbüro hätten dann die Aufgabe, die Umplanung zu realisieren. Weitere Details zitiert er aus der vorliegenden Beschlussempfehlung des APUE. Die Tiefbauplanung würde modifiziert bis zur sog. „Leistungsphase 3“, einer Entwurfsplanung nach HOAI. Dies wäre hilfreich für das Stellen eines neuen Förderantrages. Die Fachausschüsse würden wie üblich bei der Planung beteiligt. Zudem erfolge zu gegebener Zeit eine Beteiligung der Öffentlichkeit.

Herr Meis fragt weiter, ob diese Vorgehensweise dem Bürgerentscheid widerspreche.

Herr Sterzenbach geht hierauf ein. Stelle man ausschließlich auf den Erhalt von knapp 60 Parkplätzen auf ca. 1.600 m² Stellfläche ab, würde die vorgeschlagene Verfahrensweise dem Bürgerentscheid noch nicht widersprechen, weil mit jedweder baulichen Umgestaltung nicht vor Oktober 2023 zu rechnen sei. Wäre der Bürgerentscheid so zu verstehen, dass er schon eine inhaltlich abweichende Entwurfsplanung mit einer gedachten Umsetzung nach Ablauf der Bindungsfrist erfasst, würde dies gegen die Bindungswirkung verstoßen. Er habe keine einschlägige Rechtsprechung dazu gefunden und könne daher die Frage nicht belastbar beantworten.

Herr Strausfeld bezieht sich auf die angegebenen 27 Parkplätze. Er versteht dies so, dass dies nicht die maximale Zahl sei, sondern durchaus auch mehr Parkplätze entstehen könnten.

Herr Sterzenbach erklärt, dass die Planung „auf der Basis...“ bearbeitet werde. Dies sei ein Sockel, der mindestens erreicht werden soll. Man werde sich bemühen, mit dem Planungsbüro Alternativplanungen aufzuzeigen, die durchaus auch mehr Parkplätze bedeuten könnten.

Seiner Erinnerung nach, so Herr Strausfeld, werde die heutige Parkfläche im Antrag der Bürgerinitiative etwas minimiert. Er fragt, ob dies so richtig sei.

Herr Sterzenbach erklärt, dass das richtig und verbal auch so dargelegt worden sei. Dies ergebe sich auch aus der von ihm gefertigten Kurzbeschreibung vom 18.07.2019 zum Arbeitsgespräch der Projektgruppe mit Vertretern der Bürgerinitiative am 16.07.2019, die seit September 2019 durchlaufende Anlage zu den Vorlagen ist. Die Verkleinerung der Fläche ergebe sich aus einer gedachten Vergrößerung der Pavillon-Fläche und der Verlagerung der Zufahrt, die zwangsläufig einige Parkplätze weniger bedeuten würde.

Auf Nachfrage von Herrn Strausfeld erklärt Herr Sterzenbach, dass seiner Einschätzung nach eine solche Umsetzung aus dem Ergebnis des Bürgerentscheids heraus rechtlich angreifbar wäre, wenn innerhalb der Bindefrist ein Maßnahmenbeschluss mit anschließendem Baubeginn in diesem Sinne beschlossen würde.

Für die CDU-Fraktion, so Herr Strausfeld weiter, sei es wichtig, dass der Erhalt einer gewissen Anzahl von Parkplätzen gegeben sein muss, um auch dem Bürgerentscheid bedingt gerecht zu werden, und mit der Bürgerinitiative einen gemeinsamen Weg zu finden.

Frau Pipke stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Sitzungsunterbrechung, um einem Vertreter der Bürgerinitiative zu ermöglichen, sich zu äußern.

Der Bürgermeister stellt keine Gegenrede fest, unterbricht um 18.18 Uhr die Sitzung und ruft um 18.21 Uhr zu deren Fortsetzung auf.

Anmerkung der Verwaltung:

In der Sitzungsunterbrechung nimmt Herr Viehof Stellung. Er fragt, ob es rechtssicher sei, wenn der Willen der Bürger schon vorher negiert werde durch Planungen und Bereitstellung von Haushaltsmitteln. Zudem seien alle 27 Plätze von den Bürgern zu zahlen. Die Beibehaltung des IST-Stand würde hingegen nichts kosten. Zudem fehle es an einem Konzept, wie man in die Tiefgarage

der Volksbank, die Cäcilienstraße und auf den Marktplatz komme. Einfacher wäre es, wenn die Parkfläche erhalten und Modifikationen im laufenden Betrieb durchgeführt würden. Man werde prüfen, ob vorherige Planungen bzw. die Mittelaufwendungen hierfür rechtlich zu beanstanden sei.

Frau Zorlu hat den Eindruck, dass offensichtlich noch Beratungsbedarf besteht. Unter Bezugnahme auf prognostizierte Planungskosten in Höhe von 600.000 Euro sei gut zu überlegen, dass man am Ende auch zu Ergebnissen komme, die im Einklang mit der Arbeitsgruppe unter Einbeziehung der Bürgerinitiative ständen. Für sie stelle es sich so dar, dass bisher noch kein Konsens mit der Bürgerinitiative erreicht wurde. Dies sehe sie kritisch. Sie beantragt daher, die Entscheidung aufzuschieben und heute nicht zu beschließen. Unabhängig davon bleibe die SPD-Fraktion bei ihrer Meinung, dass man keine Parkplätze auf dem Markt möchte.

Der Bürgermeister greift den Antrag auf und stellt klar, dass er diesen als weitergehenden zuerst zur Abstimmung stellen wird.

Frau Miethke verweist auf den Zeitfaktor. Plane man innerhalb der Bindefrist gar nichts, setze man sich dem Vorwurf aus, alles „auf die lange Bank“ zu schieben. Die passe nicht zum Bemühen, gemeinsam mit der Bürgerinitiative Lösungsmöglichkeiten zu finden. Sie sei sehr irritiert.

Herr Liene stimmt Frau Miethke zu. Auch er sehe eine solche Vorgehensweise skeptisch. Fraktionsübergreifend sei man sich einig gewesen, den Planungsprozess wieder aufzugreifen. Dies ergebe sich auch aus dem Protokoll. Es gehe um einen offenen, noch nicht fixierten Prozess. Andernfalls sei man am Ende erst in vier Jahren bei einer Bauausführung.

Herr Meeser macht die Meinung der BfE-Fraktion deutlich. Man sei nach wie vor für einen autofreien Marktplatz, allenfalls mit den vorgesehenen 12-16 Parkplätzen bei Eruiierung weiterer Parkmöglichkeiten im direkten Umfeld. Er greift eine Anmerkung von Herrn Viehof in der Sitzungsunterbrechung auf und halte es für einen schlechten Kompromiss, jetzt Geld des Steuerzahlers in die Hand zu nehmen, um dann in ein paar Jahren durch neue Planungen wieder alles über Bord zu werfen. Er plädiere dafür, das Thema zwei Jahre im jetzigen Zustand ruhen zu lassen.

Herr Strausfeld bezieht sich auf eine Aussage von Herrn Viehof in der Sitzungsunterbrechung zur Verwendung von Steuergeldern für die beabsichtigte Planung. Er geht auf die zurückliegende Klausurtagung der CDU ein, bei der Bürgerinitiative mit Herrn Viehof anwesend war. Er erinnere sich an dessen Aussagen. So sei vorgeschlagen worden, den Marktplatz im umlaufenden Bereich instand zu setzen und den zentralen Parkraum mit der Beantragung von Fördermitteln herzurichten bei einer stufenweisen Rückführung der Parkflächen bis zu einer minimalen Anzahl. Er wolle deutlich klar stellen, dass es für eine solche Lösung keine Förderung gebe und der Haushalt belastet würde.

Herr Müller stellt einen erneuten Geschäftsordnungsantrag auf Sitzungsunterbrechung bezüglich Beratungsbedarf in der Fraktion.

Nachdem der Bürgermeister keine Gegenrede feststellt, unterbricht er um 18.30 Uhr die Sitzung und ruft um 18.43 Uhr zu deren Fortsetzung auf.

Nach der Sitzungsunterbrechung fragt Herr Müller in Richtung Zuschauerraum, ob das von Herrn Viehof Vorgetragene im Konsens mit der Bürgerinitiative sei und deren Wille entspreche.

Herr Reisbitzen beantragt gem. Geschäftsordnung erneut eine Sitzungsunterbrechung, um einem Vertreter der Bürgerinitiative Gelegenheit zu geben, auf diese Frage zu antworten.

Herr Meeser spricht dagegen. Er frage sich, was man in den letzten Monaten gemacht habe, um jetzt noch so eine Frage zu stellen.

Aufgrund der Gegenrede lässt der Bürgermeister über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen:

Beschluss:

Nr. XIV/36/411

Dem Antrag auf Sitzungsunterbrechung wird entsprochen.

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen (15 CDU, 9 SPD), 14 Nein-Stimmen (8 FDP, 3 Grüne, 2 UWG, 1 BfE) 2 Enthaltungen (FDP, BM)

Der Bürgermeister unterbricht um 18.47 Uhr die Sitzung und ruft um 18.48 Uhr zu deren Fortsetzung auf.

Anmerkung der Verwaltung:

In der Sitzungsunterbrechung erklärt Herr Mierbach, dass man mit Herrn Viehof zusammen sei und den ganzen Hintergrund sehen müsse. Was man wolle, wisse im Grunde jeder, nämlich dass der äußere Rand des Marktes dringend instandgesetzt wird. Man wisse, dass dies förderfähig sei. Dass der innere Bereich nicht am Bürgerentscheid vorbeigehe, habe Herr Viehof zum Ausdruck gebracht. Von daher sei Herr Viehof jemand, der die Meinung der Bürgerinitiative vertrete.

Herr Liene spricht den Zeitfaktor an und man wolle keine weiteren zwei Jahre verlieren. Daher unterstütze man die Beschlussempfehlung. Wichtig sei aber auch, bei den Planungen die Interessen aller unter einen Hut zu bringen.

Frau Zorlu spricht sich dagegen aus, jetzt Mittel für die Planung in die Hand zu nehmen. Für ihre Fraktion habe der Bürgerentscheid Priorität. Es bestehe weiterhin Klärungsbedarf. Hierfür bestehe die Arbeitsgruppe. Das heiße nicht Hinauszögern sondern trage zur Klarstellung bei.

Frau Droppelmann erklärt, dass sich ihre Partei seit vielen Jahren dafür einsetzt, den Menschen ihren Lebensraum zurückzugeben, in dem Falle nach dem Grundsatz Markplatz den Menschen anstatt den Autos. Zudem bedeute jede Planung auch hohen Personalaufwand. Die Vergabe an Externe verursache hohe Kosten. Bei Betrachtung der laufenden und noch anstehenden Baumaßnahmen solle das Augenmerk zunächst auf deren Abarbeitung gelegt werden. Daher werde sich ihre Fraktion dem SPD-Antrag anschließen.

Herr Meeser erklärt, dass sich auch die BfE-dem SPD-Antrag anschließe. Er wolle heute keinen CDU-Beschluss fassen, der diese Konsequenzen und Auswirkungen hat. Aufschieben bedeute auch, ein wenig auf Zeit zu spielen. Dadurch gehe dem ein oder anderen vielleicht noch „ein Licht auf“. Zudem geht er auf die Sitzungsunterbrechungen ein. Es könne nicht sein, dass man heute die Leute frage, wofür man nun stimme oder nicht. Es gehe doch auch darum, seine eigene Meinung in diesem Rat zu vertreten.

Herr Moreira teilt mit, dass auch die UWG den SPD-Antrag unterstütze. Seine Fraktion stehe nach wie vor zu einem autofreien Marktplatz.

Die Anmerkung von Herrn Meeser zum „CDU-Beschluss“ ist Herrn Strausfeld unverständlich. Er skizziert zudem kurz die bisherige Entwicklung vom Bürgerentscheid bis zur Zusammenarbeit in der Projektgruppe. Daraus mündete eine Diskussion mit einer Abstimmung im APUE. Man werde dem SPD-Antrag nicht folgen.

Beschluss:

Nr. XIV/36/412

Dem Antrag der SPD-Fraktion auf Vertagung der Entscheidung wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmen für den Antrag: 15 (9 SPD, 3 Grüne, 2 UWG, 1 BfE)

Stimmen gegen den Antrag: 25 (15 CDU, 9 FDP, 1 BM)

Im Anschluss lässt der Bürgermeister über die Beschlussempfehlung des APUE abstimmen.